

lichen Erfahrungen des nun schon 23 Jahre dauernden Krieges und fahren fort: „Jeden Tag sterben Hunderte unserer Brüder in Nord- und Süd-vietnam durch Waffengewalt“. (Hier überraschte der Hinweis auf Nord-vietnam, da nach dem Bombardierungsstop dort keine Opfer mehr zu beklagen sind. So können eigentlich nur die in Südvietnam kämpfenden Nordvietnamesen gemeint sein.) Dies habe sie veranlaßt, etwas zu unternehmen, wobei sich ihre Pläne nie auf politische Lösungen bezogen hätten. Ihnen sei es darum gegangen, den toten Punkt überwinden zu helfen. Aus ihren näheren Erläuterungen geht dann aber auch hervor, daß ihnen besonders die Frage am Herzen lag, was geschehen müsse bzw. werde, wenn man sich auf irgendeine Form des Friedens geeinigt habe. Sie wollten darauf dringen, daß man einen echten Frieden herbeiführe, der die Grundrechte aller Bürger garantiere, der keinen Haß und keine Rache begünstige, der zu einer humanen Behandlung und baldigen Entlassung aller Gefangenen und zu einer allmählichen Annäherung beider Teile des Landes führe (NCNews Service, 2. 12. 69). Der Appell, Rache zu vermeiden, dürfte beson-

ders im Hinblick auf die militant anti-kommunistischen, *katholischen Flüchtlinge* aus dem Norden zu verstehen sein, nachdem man erst kürzlich eine Meldung dementiert hatte, für den Fall einer Koalitionsregierung mit der Befreiungsfront habe man bereits nach einem Exil für die Katholiken in Australien gesucht. — Wenn dieser Friedensversuch auch keinen Erfolg zeigte, so werden die Anstrengungen dafür doch nicht beendet sein. Zunehmend seit Januar 1969, seit der Erklärung der vietnamesischen Bischöfe über den Frieden, läßt sich eine verstärkte Aktivität vietnamesischer Katholiken in den verschiedensten Gruppen feststellen. Allmählich dringen verstärkt die Konzilserklärungen und die jüngsten Enzykliken durch. Viele gewohnte Anschauungen und Bindungen geraten ins Wanken. Übermächtig wird der Wunsch nach Frieden, doch über den Weg dazu gibt es vorläufig noch viele bzw. keine Meinungen.

Vorsicht des Papstes

In den vergangenen Jahren waren die Initiativen von Papst Paul VI. zur Beendigung des Vietnamkrieges häufig von Katholiken Südvietnams

und von Amerikanern gerügt worden. Die jüngste Äußerung des Papstes zu Vietnam steht in einem eigenartigen Kontrast zu bisherigen Verlautbarungen. So sprach er am 17. November vor fünf US-Gouverneuren davon, daß für die „rechte Art und Weise der Beendigung des Konflikts . . . ein wohlüberlegtes und verantwortungsbewußtes Vorgehen“ erforderlich sei. Im übrigen dürfe man „das Vertrauen von Verbündeten nicht enttäuschen“ und müsse dafür sorgen, daß an der Sache und dem Ideal, „für das so viele ihr Leben geopfert haben . . ., nicht Verrat geübt wird“. Diese Ansprache läßt viele Fragen entstehen: Kannte der Papst bereits das negative Ergebnis von Paris — oder kam es vielleicht gar erst dadurch zustande? Sieht der Papst die Grenzen amerikanischen Entgegenkommens und resigniert er wegen der starren Haltung der Kommunisten eben bei den Verhandlungen, für die er sich so stark engagiert hatte? Angesichts des Bekanntwerdens der Massaker durch Amerikaner und der verstärkten Infiltration durch Nordvietnam erscheinen der Fehlschlag der Sondierungen und die Verhärtung der Fronten in Paris äußerst bedenklich.

Vorgänge und Entwicklungen

Bundesdeutsche Synode ohne Kompaß?

Wenn das Statut der Gemeinsamen Synode endlich verabschiedet sei, so konnte man während der Diskussion über den Statutenentwurf besonders von amtlicher Seite hören, so könne man erst richtig mit ihrer *eigentlichen Vorbereitung* beginnen. Nicht selten gebrauchte man diesen Hinweis als Argument für die möglichst rasche Billigung des Entwurfs durch die Bischofskonferenz, die dann am 11. November 1969 ja auch erfolgte (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 545 ff.). Andernfalls, so hieß es, werde sich gerade die Diskussion um den rechtlichen Rahmen weiter hinziehen. Man gefährde dadurch den *rechtzeitigen Beginn* der Synode oder wenigstens ihre für Ende 1970 oder Anfang 1971 geplante konstituierende Sitzung. Mancher konnte sich mit dieser Argumentation und der damit angestrebten Reihung der Vorbereitungsakte nicht recht anfreunden. Denn was sollte uns, Statut hin oder her, an einer fruchtbaren Paralleldiskussion über den rechtlichen Rahmen und die thematische Vorbereitung der Synode hindern. Und gar mancher, der mehr der inneren Dynamik der Sache als einer prästabilierten Rechts-harmonie vertraute, sah darin schon ein Zeichen mangelnden Mutes. Denn war es nicht richtiger, zunächst einmal zu Papier zu bringen oder auszuformulieren, was man mit dieser Synode eigentlich wolle, wie man sie im kirch-

lichen Gesamtgeschehen zu plazieren gedenke und welche Themen mit Aussicht auf konkrete Resultate man ihr anzuvertrauen beabsichtige? Denn kenne man erst einmal das Bild, dann werde sich nach einigem Suchen auch der richtige Rahmen finden.

Der Rahmen und das Bild

Jetzt haben wir einen *Rahmen* und wir werden sehen müssen, ob wir ein *Bild* finden, das zu diesem Rahmen paßt. Nun können zwar in ein und denselben Rahmen ganz verschiedene Bilder passen, vor allem Bilder unterschiedlichster Qualität, Geschmacksrichtung und ästhetischer Wirkung. Anders ist es schon mit der Stilperiode. Man kann sich einen Picasso oder einen Paul Klee in einem Barockrahmen nicht vorstellen. Mit Altdeutsch geht es auch nicht. Aber es gibt da gewiß noch unendlich viele andere Kombinationen. Und schließlich könnte sich das Verhältnis von Rahmen und Bild doch als eine bloße Frage des Größenbezugs erweisen. Es wird also ganz darauf ankommen, wo wir das Bild unterbringen wollen, ob wir damit unsere stille Klausur schmücken, der Kirche in Deutschland damit ein bißchen Abwechslung bereiten, eine der kahlen Wände behängen wollen oder das Bild der

Kirche selbst, gewiß nicht generalüberholen, aber doch an einigen Stellen und, damit es kein schäbiges Pfschwerk wird, das Ganze etwas restaurieren. Dann könnte man ja wirklich auch den Restaurierungsvorgang abwarten, um zu sehen, wie der dazugehörige Rahmen aussehen müßte. Noch auf der ersten *internationalen Tagung von Synodensachverständigen* in Doorn (Holland) mokierten sich manche Teilnehmer (sechs europäische Länder waren dort vertreten) über den rechtlichen Perfektionismus der Deutschen und über den „denkbar komplizierten“, aber „dennoch kaum repräsentativen Vertretermechanismus“ (vgl. dazu den Bericht des Sekretärs der Wiener Synode, A. Fellner, in „Synode Wien“, Dok. 3). Aber nun haben wir einmal einen Rahmen; erweisen wir uns also nicht als chronische Querulanten; machen wir uns auf die Suche nach einem passenden Bild. Haben wir es nach und nach gefunden, sind die Bischöfe, sie haben sich jede *Statutenänderung* ausdrücklich vorbehalten, vielleicht bereit, auch an dem Rahmen noch einige Schnörkel zu entfernen. Aber haben wir *Vorstellungen*, wie dieses Bild aussehen sollte, wie es aussehen könnte?

Die Konkreten und die Anspruchsvollen

Der Chronist hat sich Mühe gegeben, solche Vorstellungen aufzuspüren: bei denen die ex officio an der Vorbereitung beteiligt sind, auch ein bißchen bei den Mitgliedern der *Vorbereitungskommission*, die dieser Tage, am 8. Dezember 1969, zum zweitenmal tagte. Aber diese bereitete eben erst die große Fragebogenaktion und vor allem die für das Frühjahr geplante Allensbacher Umfrage vor. Sie wollte Vorstellungen erst einmal an der „Basis“, bei den Gläubigen, nachspüren, um dann anhand dieses Materials einen Bau aufzuführen. Aber aus diesem Material werden sich vermutlich Bausteine gewinnen oder auch ein einigermaßen haltbarer Beton mischen lassen; die Fundamente werden bis dahin wohl schon gelegt sein müssen.

Der Chronist hat sich auch in das Material vertieft, das die bienenfleißige Dokumentationsabteilung von „Publik“ in zwei dicken Bänden vorgelegt hat. Auch da gab es verschiedenes Baumaterial, mehr allerdings — ganz phasengerecht — zum Statut, aber auch manches zur Thematik. Man sage ja nicht, die statutenversessenen Deutschen hätten bisher keinerlei Gedanken auf die Thematik verwandt. Einzelne Gruppen und Persönlichkeiten haben sich sehr wohl darüber ihre Gedanken gemacht. Allen voran der immer rührige *Freckenhorster Kreis*, der in seiner zweiten Eingabe einige zwar *allgemeine*, aber sehr *fundamentale* Postulate formulierte: eine sorgfältige Analyse der gegenwärtigen Glaubenssituation, die auch auf die Mitarbeit der kirchlichen Praxis fernstehender Katholiken nicht verzichtet; die Prägung einer der säkularisierten Welt gemäßen Glaubensverkündigung; schließlich ein Verständnis der Kirche, „die nicht um ihrer selbst willen da ist, sondern sich in allen ihren Lebensvollzügen dem Dienst am Menschen verpflichtet weiß“. Lauter gute Absichten, die vertraut ans Ohr klingen! Aber wie macht man das bloß: eine Kirche, die in allen ihren Lebensvollzügen im Dienst der Menschen steht, so denken die einen. Sie halten es womöglich mit Kardinal A. Bengsch, der in seinem geharnischten, aber in der Bundesrepublik wenig beachteten Interview mit dem „Petrusblatt“ (10. 10. 69) solchen Ansprüchen sehr mißtraute und meinte, wenn der Heilige Geist es schon bei den schwerfälligen Hirten während der

vier Konzilsjahre nicht ganz geschafft habe, so wäre es um so verwunderlicher, „welchen erfolgreichen Nachhilfeunterricht er in den vier postkonziliaren Jahren geleistet haben solle“. Und schon vermutet man nur „der Herren eigenen Geist“.

Andere wagten es *konkreter*. Kultusminister B. Vogel von Rheinland-Pfalz, im Katholischen in letzter Zeit ebenso engagiert wie kulturpolitisch erfolgreich, nannte in seinem Vortrag auf der gemeinsamen Tagung der Katholischen Akademie in Bayern und des Österreichischen Katholischen Akademikerverbandes in Wien Anfang November (vgl. die gekürzte Wiedergabe in „Publik“, 14. 11. 69) handfeste Verhandlungsgegenstände. Auch er war für Bestandsaufnahme, aber nicht nur und wohl nicht in erster Linie dafür. Er wollte nicht nur frei von Angst über katholische Vorstellungen über Bildungspolitik sprechen, damit „nicht mehr in einem Land sozialdemokratische Ministerpräsidenten mit hohen Orden ausgezeichnet werden, wenn sie Verträge zur Simultanisierung der Schulen unterschrittsreif gemacht haben, und im anderen Land katholische Kultusminister von Weihbischöfen beschimpft werden, wenn sie eine zu kleine Konfessionsschule aufgelöst haben“. Man werde auch über den *Religionsunterricht* sprechen, nicht über die Stundenzahl, sondern über dessen Qualität. Man werde auch über priesterlose Gemeinden diskutieren. Man werde über die Beteiligung der kirchlichen Orden an den Früchten der Kirchensteuer sprechen und schließlich über diese selbst, nicht darüber, „ob wir sie wollen oder nicht“, sondern über ihre Höhe und über die „Durchsichtigkeit der Kirchensteuermittelverwendung“. Aber nun: *Glaubensverkündigung* und die Qualität des Religionsunterrichts gehen zusammen, sie passen zueinander. Die „größere Effizienz der Räte“, die Vogel als ein weiteres Thema nannte, wird an der Ausrichtung auf den Dienst, sagen wir es deutlicher, auf den Glaubensdienst der Kirche an der Gesellschaft gemessen werden können. Auch die *Stellung der Orden* ist ein altes, dringendes, zu verschiedenen, nicht selten entgegengesetzten Lamentos Anlaß gebendes Thema. Aber bei der Höhe der Kirchensteuer? Kommen wir da noch mit? Könnte das nicht auch über die Bischofskonferenz bei guter finanzieller und spiritueller Beratung erledigt werden? Aber es gab da auch noch andere Vorschläge: zur Entdeckung neuer „Fürsorgebereiche“ (der Kultusminister meinte damit vor allem die Erwachsenenbildung), die Kindertaufe und das Firmungsalter, die Probleme der Hochschulgemeinden, die Beichtpraxis und die kirchliche Druckerlaubnis. Alles Fragen von Bedeutung, die ungleich schwierig, aber nicht unlösbar sind. Das Firmungsalter: darüber wurde schon viel beraten, nicht immer mit großem Erfolg. Liegt es nicht an der schwierigen Zeichenhaftigkeit dieses Sakraments? Und die Hochschulgemeinden: Kann eine Synode ihre Probleme durchleuchten oder muß da Erleuchtung nicht von innen kommen, von den Studentenpfarrern, von den verschiedenen akademischen Bürgern, von den Studenten über die Studentenpfarrer selbst?

Die Amtlichen und die Spontanen

Der Chronist sah sich auch im *amtlichen*, zu unrecht sehr vernachlässigten *Themenvorschlag* um (vgl. den Wortlaut in Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 475). Da ist alles, was an Problemen, oder sagen wir besser, Themen und Fragen anfällt, in neun Themenkreisen registriert und geordnet: die Art der Glaubensverkündigung; die Predigt,

die Katechese, die Glaubensbücher; die Gestaltung des Gottesdienstes und der Sakramente: Taufe und Firmung, das Verständnis der eucharistischen Gegenwart und das Bußsakrament, das sich viele zu leicht machen. Die Zuordnung der Ämter und Dienste, die viel zerredeten kirchlichen *Strukturfragen* erscheinen als Themen der Synode, aber auch Ehe und Familie und selbstverständlich auch die gesellschaftliche Diakonie der Kirche; freilich als eigene Rubrik mit erheblichen hermeneutischen Schwierigkeiten auf dem Weg von der Orthodoxie zur Orthopraxie belastet, als ob nicht alles kirchliche Handeln gesellschaftliche Diakonie wäre. Die *zwei Katholizismen* tauchen da wieder auf, die Kirche in sich (nach innen) und die Kirche nach außen, als ob es nicht bloß ein- und dieselbe Kirche gäbe: die sakramentale Kirche und der gesellschaftspolitisch engagierte Katholizismus, durch das deutsche Erbe aus dem 19. Jahrhundert verschärft, aber überall in der Kirche untergründiges Substrat, über das man in der Erklärung des Verhältnisses von Kirche und Welt nicht recht hinauskommt (vgl. dazu die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“, bes. die Abschnitte 11 bis 15). Ein *Themenangebot* von sehr offener Breite, allerdings ein bißchen Warenhaus mit gezielter Verkaufsregelung. Denn zu der thematischen Aufgliederung treten als kundige Hostessen die *durchlaufenden Perspektiven*: die Glaubenssituation, der theologische Bezug, die ökumenische Verantwortung und nochmals das Verhältnis der Christen zur Gesellschaft. Aber wer seine eigene Ungeschicklichkeit bei solchen Kaufhausgängen fürchtet, wird sich auch der Führung noch so liebenswürdiger Weiblichkeit nur schwer anvertrauen. Die richtige Auswahl gelingt dann womöglich doch nicht.

Der Chronist hat sich aber auch bei den *Spontangruppen*, bei den protestierenden und helfenden, ein bißchen selbst bei den Studentengemeinden und verschiedenen Arbeitskreisen umgesehen. Da gab es noch viel Nachbetrachtung zur Statutendebatte. Man sprach natürlich auch von Themen, von der Humanisierung der Kirche, vom Zölibat, sogar von der Kindertaufe und vor allem eine Menge über die Mitverantwortung in den Gemeinden, vom Versuch des schon gebildeten synodalen Establishments — sie meinten die Vorbereitungskommission und das Sekretariat — die Volksmeinung in ihrem Sinne zu kanalisieren und selbstverständlich auch zu manipulieren und sprachen, wie konnte es auch anders sein, von Versuchen einer *Gegensynode*. Beim Mann auf der Straße sah es noch etwas anders aus. Auf jeden Fall waren die Meinungen bunter als in den Spontangruppen, in den Studentengemeinden und in den Funkhäusern. Es war mehr *Hoffnung*. Viele vertrauten darauf, daß aus der Synode etwas Rechtes werde. Man solle nur nicht immer querulieren, sondern die Möglichkeit beim Schopf fassen. Viele waren gleichgültig: Synode, das ist etwas für die Bischöfe, für die Theologen oder schlicht für die „Pfarrer“. Wieder andere hielten ihre eigenen Sorgen wegen der Kinder, wegen der Priester, wegen der Ehegesetzgebung schlechthin auch für die Sorgen der Synode. Auch die Angst vor dem synodalen Gespräch schimmerte durch: sie werde die Verwirrung nur noch vergrößern.

Kirche oder Katastrophe

Etwas nachdenklich kehrte der Chronist von den *Bischöfen* zurück. Es ist zwar nicht so, als ob sie nie gesprochen hätten. Aber sie beschränkten sich auf amtliche Anlässe:

nach der Ankündigung des Beschlusses und anlässlich der Verabschiedung des Synodenstatuts (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 201 und S. 449 ff.), oder auf private Äußerungen. Manche gehören freilich nicht nur der Vorbereitungskommission an, sondern haben sich in ihren Diözesen aktiv in die Synodenvorbereitung eingeschaltet: haben *Synodalbüros* errichtet (wie in Münster) oder ihre Gläubigen um Stellungnahmen gebeten (wie in Limburg oder in Paderborn). Aber wäre es nicht an der Zeit, etwas mehr zu sagen, vielleicht auch gemeinsam zu sprechen. Man wird nicht alles von der *Führung* der Bischöfe erwarten, das widerspräche dem synodalen Prinzip. Sie haben aber mit einigem Recht im Statut vorgesorgt, daß die Führung bei ihnen bleibt. Führen in gemeinsamer Verantwortung im Hören auf die Gesamtkirche vom Bischof bis zum letzten Laien, das werden die Bischöfe in der Synode vor allem anderen zu bedenken und zu tun haben. Dort gilt noch mehr als auf dem Katholikentag in Essen das Wort des dortigen Schlußredners, Prof. M. P. Engelmeier: „Volk ohne Bischöfe, Bischöfe ohne Volk, das ist ein Unglück, aber keine Kirche“ (Mitten in dieser Welt, Bonifatius-Verlag, Paderborn 1968, S. 651).

Indessen fühlt man sich ans Konzilsende erinnert. Auch damals wartete mancher darauf, die Bischöfe würden die Resultate zusammenfassen, aus ihren eigenen Beschlüssen Leitlinien entwickeln und ihre Umsetzung in den nachkonziliaren Umbruch mit sachter Hand führen. Aber man mahnte oder ließ es bei Unverbindlichem. Die Entwicklung rollte weiter. Ihre Chance war vertan. Sollte sich das jetzt vor der Synode und nachher nochmals wiederholen? Folgt die Hierarchie den Fakten oder versucht sie sie im engagierten Gespräch zu gestalten? Ein Kompetenter konstatierte „allgemeine Hilflosigkeit“; ein anderer, ebenfalls Kompetenter, wollte differenzieren: Es gebe da doch sehr *verschiedene Meinungen*: Ein Teil sage wirklich nur ja, weil es nicht anders gehe; andere müßten Vorstellungen erst entwickeln. Eine weitere Gruppe sehe sich außerstande, jetzt noch bloß in camera caritatis zu entscheiden und betrachtet die Synode als einen positiven Weg aus diesem Dilemma. Eine letzte Gruppe endlich sagt nicht nur ein deutliches Ja zur Synode, sondern hofft dadurch auch die gesamtkirchliche Entwicklung teilkirchlich zu beeinflussen. Aber welcher Weg und welche Beeinflussung? Welche Vorstellungen hat man von diesem Weg und der möglichen Beeinflussung auch gesamtkirchlicher Lösungen?

Der Ausgangspunkt

Wir kommen zum Ausgangspunkt zurück. Zeigt sich da ein Bild in Umrissen oder hat man Vorstellungen, nach welcher Art von Bild man suchen will? Eines weiß man genau: Man will keinen endlosen Debattierbetrieb, man will konkrete Lösungen anstreben. Themen drängen sich auf: die Mischehenfrage (sie wird bis dahin auch gesetzlich wohl kaum befriedigend gelöst sein); der Zölibat oder wenigstens die Frage der Zulassung Verheirateter zum Priestertum, die Synodalisierung des Amtes, die verbindliche ökumenische Zusammenarbeit in den Gemeinden. Man will sich solche Konkreta nicht durch Fronten- und *Ideologiebildungen* verderben lassen. Man fürchtet um die Handlungsfähigkeit der Synode; man ist besorgt wegen der Gegensätze unter unseren Theologen, wegen der Polarisierung der Gruppen. Man hofft auf *breiten Konsens* in drängenden Fragen mit erkennbarer Stoßrichtung nach

Rom. Man vermeidet dadurch Lähmungserscheinungen bereits in den ersten Tagen. Man erbringt einen Arbeitsnachweis, man kommt damit den Existenzfragen, wenn auch nicht den Grundfragen näher. Und schon ergeben sich so Elemente einer Vorstellung von einem Bild, vielleicht auch schon kompositorisch gut durchdachte Farbwirkungen. Aber reicht das für ein Bild einer zu erneuernden Kirche, für ein Bild, dem man seinen Wert ansieht? Vielleicht für eines unserer vielen Museumsstücke in den zahlreichen Galerien für moderne Kunst. Aber für die Kirche? Wie kann man zu einem kirchlichen Verkündigungsstil kommen, der von Menschen, die zwischen *Glaubensforderungen* und *Kulturformen* zu unterscheiden gelernt haben, verstanden wird, ohne eine radikal „vereinfachte“, das heißt auf die Kernaussagen der Offenbarung gestützte, theologische Aussageform zu wollen. Kann gegenwärtig eine überregionale Synode ihre Erneuerungsfunktion in der Kirche erfüllen, wenn sie nicht das Ihre zu solch „radikaler Einfachheit“ des Glaubens (vgl. *K. Rahner*, *Wie ist Glauben heute möglich?* Schriften zur Theologie, Bd. 5, S. 11 ff.) in der kirchlichen, theologischen wie kulturellen Vermittlung beiträgt. Kann sich ohne diesen Dynamismus der radikalen Einfachheit des Glaubens der „notwendige Dynamismus des kanonischen Rechts“ (vgl. *J. Neumann*, „Concilium“, Oktober 1969, S. 576 ff.) in den Entscheidungen über Strukturfragen, etwa über die *Zukunft des synodalen Elements* in der Kirche durchsetzen?

Wie wird man beispielsweise die Fragen der ökumenischen Zusammenarbeit lösen, wenn die Frage der *Interkommunion* dabei auftaucht? Wird man sich dann nicht nur im Kirchenrecht, sondern auch in den Theologien verrennen? Wenn man von den Ämtern und Diensten spricht, wird man dann um eine exegetisch und systematisch saubere Darstellung des *Amtes* in der Kirche herumkommen? Wird man, wenn man nach den geeignetsten Methoden der Glaubensverkündigung sucht und unsere konkrete Glaubenssituation ergründet, um die *fides quae* sich drücken oder in hermeneutischen Vorläufigkeiten steckenbleiben? Was kann dann die Aufgabe einer regionalen Synode

Thesen der EKD zum Friedensdienst

Die Führung der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ war früher als andere am Werk, die Verantwortung der Christen für den Frieden und zugleich das Grundrecht der Wehrdienstverweigerung nachhaltig zu verteidigen. Das geschah, als noch Mut dazu gehörte, gegen manchen konservativen Widerstand erstmalig auf der Synode von Berlin-Weißensee 1950 und seitdem immer erneut. Das damalige Ratsmitglied *G. Heinemann* gehörte zu den Vorkämpfern einer *Theologie des Friedens* mit sittlich-politischen Konsequenzen. Aber unter widrigen innerkirchlichen Umständen — Widerstand mancher Lutheraner mit Hilfe der Lehre von den „Zwei Reichen“ — und z. T. auch infolge innerpolitischer Hemmungen hat man sehr lange gebraucht, bis die geplanten Thesen der Kammer für öffentliche Verantwortung unter dem Vorsitz von Prof. *L. Raiser*, Tübingen, am 1. Dezember 1969 als „Gesprächsbeitrag“ durch den Rat der EKD-West veröffentlicht wurde (gleichzeitig als Broschüre bei *G. Mohn*, Gütersloh). Der Rat zeichnet nur als Herausgeber, und im Vorwort wird ausdrücklich vermerkt, daß es in

sein? Die Lösung gemeinsamer Probleme, der drängenden Ordnungsfragen? Gewiß, damit kann man beginnen. Kommt man zu guten Ergebnissen, und sei es auch nur zu einmütigen Postulaten an den Papst, so werden diese ihre konsensfördernde Wirkung für die weiteren Verhandlungen nicht verfehlen. Aber man wird nicht den ganzen Katalog anstehender Probleme durchgehen, man wird sich *konzentrieren* müssen. Diözesansynoden liefern dafür Erfahrungen (vgl. dazu den Gang der Wiener Synodalverhandlungen in *Herder-Korrespondenz* 23. Jhg., S. 101, und zur Arbeitsweise der Meißener und der Hildesheimer Synode ds. Heft, S. 5, und „Publik“, 27. 11. 69). Man wird die dringendsten Ordnungsfragen einer Lösung zuzuführen, einige möglichst konkrete Leitlinien zu den verschiedenen Weisen kirchlichen Selbstvollzugs (Liturgie, Sakramente, Verkündigung, individuelles und gesellschaftliches Glaubenszeugnis) entwickeln müssen und nicht zuletzt über das Rätssystem jene (*synodalen*) *Strukturen* schaffen, die der Synode ermöglichen, für die Zukunft mehr zu werden, als sie selbst sein kann (*K. Hemmerle* in einem Vortrag in Freiburg).

Aber die Grundfrage nach dem, was der Christ glaubt und worin er durch seinen Glauben gefordert wird, wird alle diese Fragen begleiten. In einer Glaubensdebatte sich verlieren: nein, das sollte man nicht, aber im Sterben religiöser Traditionen meinen, der Glaube könne vorausgesetzt werden, es gebe da auf einer Synode nicht viel zu erläutern, das sollte man noch weniger. Sonst pflegt man vermutlich einen „konservativen“ oder „progressiven“ kirchlichen Praktizismus. Das Bild bliebe ohne Hintergrund. Spätestens bei der Strukturdebatte müßten sich die Konturen verwischen. Konzentriert man sich bei der näheren *Vorbereitung* trotz schlechter pastoralsoziologischer Zurüstung auf eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was und wie geglaubt wird, dann vermittelt diese Bestandsaufnahme vielleicht von selbst diese Einsicht. Damit würden sich nicht nur erste Vorstellungen von dem gesuchten Bild konkretisieren, man bekäme möglicherweise auch noch einen „funktionierenden“ Kompaß an die Hand.

der Kammer „keine volle Zustimmung zu allen Formulierungen“ gegeben habe. Aber die Thesen kamen noch rechtzeitig, um auf die gewandelte gesamtpolitische Lage einzuwirken, nachdem sowohl Bundespräsident Heinemann bei seinem Amtsantritt wie auch die neue Bundesregierung die *Friedensforschung* mit praktischen Konsequenzen zur dringenden Aufgabe erklärt hatten.

Es ist nicht leicht, ein vergleichbares katholisches Dokument zu finden. Die bahnbrechende Enzyklika Johannes' XXIII. „*Pacem in terris*“, die erstmals die Erlaubtheit eines Nuklearkrieges in Frage stellte, und Kapitel 5, Teil II der Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“, auf das sich auch die EKD-Denkschrift bezieht, hatten schon die Probleme bis nahe ans Detail umrissen. Sie mußten aber naturgemäß im Prinzipiellen und in der Tradition der Normenethik steckenbleiben, obwohl einiges zum Verständnis des Wandels der Friedensaufgabe im Konkreten („*Gaudium et spes*“, Abschnitt 78), zur Problematik der Abschreckungstheorie (Abschnitt 81) wie des Einsatzes wissenschaftlicher Waffen gesagt wurde ein-